

Sind die Vorreiter der Energiepolitik noch zu retten?



McKinsey erstellt jährlich einen Energiewende-Index. Und die [Neuesten Resultate](#) sind vernichtend:

- Trotz des massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien ist das Erreichen zentraler Ziele der Energiewende in Deutschland bis 2020 nicht mehr realistisch. CO₂-Ausstoß und Primärenergieverbrauch sind gestiegen. Die Mehrheit der Energiewendeziele wurden verfehlt.
- Kohlendioxid-Reduzierung. Um das 40%-Ziel der Bundesregierung noch zu erreichen, müsste sich der jährliche Rückgang von CO₂-Emissionen um den Faktor fünf erhöhen.
- Primärenergieverbrauch. Beim Gesamtverbrauch von Kohle, Öl, Gas müsste sich die Energieproduktivität in Deutschland um den Faktor drei erhöhen.
- EEG-Umlage. Die Kanzlerin hatte einst versprochen, dass die EEG-Umlage nicht über 3,5 Ct/kWh ansteigt. Die McKinsey Prognose zeigt bis 6,9 Ct/kWh, Tendenz steigend.
- Haushalts- und Industriestrompreise. Die hohe EEG-Umlage trägt maßgeblich dazu bei, dass die durchschnittlichen Haushalts- 46% und Industriestrompreise in Deutschland 18% über dem EU-Durchschnitt liegen, Tendenz steigend.
- Auch die Kriterien Stromverbrauch, Wind Offshore – Ausbau und Anbindung der Windparks, Kosten der Netzeingriffe wurden verfehlt.
- Schließlich, sogar das „deutscheste“ Ziel der Energiewende, der "Atomausstieg" ist erst zur Hälfte erreicht – noch sind sieben große Grundlastmeiler in Betrieb. Man darf gespannt sein, welche Auswirkungen ihre Abschaltung für die Netzstabilität hat. Als Grafenrheinfeld letztes Jahr im Juni außer Betrieb genommen werden sollte, verweigerte die Netzagentur die Abschaltung und ließ die Anlage noch vier Wochen weiterlaufen. Der Strom wurde grad gebraucht.

Zusammenfassend zur McKinsey-Studie könnte man sagen: „Deutsche Regierung setzen, sechs“. So etwas kommt heraus, wenn man Geistlichen, Anwälten und Oberlehrern in einer Ethikkommission Entscheidungen über Energiepolitik

überlässt.

Ich werde oft gefragt: „Könnte die Energiewende wieder rückgängig gemacht werden?“ Fast alles kann der Mensch rückgängig machen, was der Mensch geschaffen hat. Die Windräder wieder abzubauen geht sicher einfacher, als die Atomkraftwerke.

Aber kann auch der Atomausstieg wieder rückgängig gemacht werden? Kann – ja, wird – wohl kaum.

Als Erstes sehe ich das politische Problem. Die Atomindustrie hat sich selbst angesichts der plötzlichen Stilllegungsentscheidung per Telefonanruf der Kanzlerin, die faktisch einer Enteignung gleichkam, demokratisch verhalten und alle Behördenanweisungen aufs genaueste befolgt – vom vielbeschworenen Atomstaat keine Spur. Gleichwohl klagen die Energieversorger gegen diese Entscheidung, hatten sie doch kurz vorher von derselben Regierung eine zehnjährige Laufzeitverlängerung bekommen, in die sie viele Millionen zur Ertüchtigung ihrer Anlagen investiert hatten. Auch dieses Klageverfahren verläuft rechtsstaatlich. Ob es jedoch Mehrheiten in Deutschland für einen Rückeinstieg in die Nuklearindustrie geben würde, kann ich nicht beurteilen, bezweifle es aber eher.

Als Zweites sehe ich das genehmigungsrechtliche Problem. Der Rückbau der stillgelegten AKW hat aus zwei Gründen noch nicht wirklich begonnen:

- Solange die Klagen über die Enteignung nicht entschieden sind, gilt ein Reversibilitätsvorbehalt der Abschaltung. Eine Klage wäre gegenstandslos, wenn die Anlagen nicht mehr angefahren werden könnten. Also kann nicht rückgebaut werden. Die Verzögerung des Abrisses verursacht enorme Kosten. Deshalb führt ein Verschleppen der Gerichtsentscheidung zum finanziellen Ausbluten der Energieversorger.

- Für die acht abgeschalteten Anlagen haben die Behörden noch keine „Stilllegungs- und Abbaugenehmigungen“ erteilt. Genehmigungen auf entsprechende Anträge der Betreiber sind Behördenvorgänge und die dauern in Deutschland unter Umständen jahrelang.

Daraus folgt, dass der Abriss der stillgelegten Anlagen noch gar nicht richtig begonnen hat und sie daher auch wieder angefahren werden könnten.

Der dritte Problemkreis betrifft technische Probleme. Die Betreiber haben im Interesse der Sicherheit den Brennstoff aus den Reaktoren entfernt und entweder zur Restwärmeabfuhr eingelagert, oder an noch in Betrieb befindliche Anlagen geliefert. Außerdem wurden nichtnukleare Großkomponenten, wie Turbogeneratoren konserviert bzw. als Reserve eingelagert. Die Rückgängigmachung dieser technischen Änderungen würden etwa ein Jahr benötigen.

Der vierte Problemkreis betrifft das Personal. Noch haben die Betreiber genügend lizenziertes und qualifiziertes Personal, das ein Wiederauffahren durchführen könnte. Je länger der Stillstand dauert, umso schwieriger und kostspieliger wird diese Vorsorge.

In der Summe kann man sagen, dass die im Rahmen der Energiewende stillgelegten Kernkraftwerke könnten innerhalb einer Frist von ein- bis zwei Jahren wieder angefahren werden. Jedoch würde es viele Millionen kosten.

Aber wollen die Betreiber eigentlich die Kernkraftwerke wieder anfahren?

Sicher nicht unter den gegenwärtigen Marktbedingungen, bei denen die Megawattstunde manchmal ganze 20 Euro erzielt. Da der Staat eine hohe Brennelementen-Strafsteuer auf AKW erhebt, bringt der Betrieb der Meiler im Subventionsgestüpp der erneuerbaren Energien den Kraftwerksbetreibern keinerlei Gewinn. Wind, Sonne und Biogas brauchen keine Rücksicht auf die Marktpreise des Stroms oder den Bedarf an Energie zu nehmen, da sie feste, vom Steuerzahler hochsubventionierte Erlöse erzielen. Die Grundlastkraftwerke müssen sich mit den Brosamen begnügen, sie werden abgeschaltet oder heruntergeregelt, wenn der Wind weht und die Sonne scheint und sind daher allesamt nicht mehr rentabel.

Es gehört zu den Absurditäten der Energiewende, dass nicht einmal mehr supermoderne GuD-Gaskraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 60 Prozent rentabel sind. Nicht umsonst machen die Energieversorger Milliardenverluste und haben die Stilllegung von über 50 modernen Anlagen beantragt, die aber die Politik verweigert, weil sie bei Windstille und Dunkelheit gebraucht werden, um den Blackout zu verhindern. Etwa 70 Prozent des Stromes wird derzeit in Deutschland aus Braunkohle gemacht. Sie ist am billigsten und behauptet sich daher am Markt. Wen wundert es da noch, dass Deutschland seit der Energiewende alle selbstgesteckten Ziele der CO²-Einsparung reißt.

Die Energieversorger sind in der Situation eines Mercedes-S-Klasse Besitzers, der sein Auto abmelden will, aber vom Staat gezwungen wird, seinen Wagen weiter zu fahren, obwohl es nur noch eine Einbahnstraße gibt, auf der alle anderen Autos per Gesetz Vorfahrt haben.

Die Energiewende ist gescheitert, auch wenn dies durch permanentes Wunschdenken und Propaganda noch verschleiert wird. Die Physik lässt sich nicht übertölpeln. Es gibt noch nicht einmal 10 Prozent der benötigten Speicherkapazität für die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien und sie kann auch nicht gebaut werden, da sie noch nicht erfunden wurde. Das ist so, auch wenn jede Woche in den Medien eine neue „Wunderwaffe“ zur Rettung der Energiewende präsentiert wird. Daran ändern auch Stromtrassen nichts, da sie keinen Strom produzieren können: Deutschland muss sich zwei komplette Kraftwerksparks leisten. Wir wollen einen "ökologischen" und brauchen zusätzlich einen konventionellen Kraftwerkspark. Und der Zusätzliche benötigt hundert Prozent Kapazität. Denn selbst wenn der konventionelle Kraftwerkspark für nur einen Tag im Jahr gebraucht würde, man müsste ihn vorhalten. Sonst droht ein "Blackout" mit katastrophalen Folgen.

Das verdoppelt die Stromkosten für den Endkunden. Es ist eigentlich eine verkappte Steuer. Die Regierung kassiert nämlich fleißig mit. In diesem Jahr beträgt der Steueranteil am Strompreis erstmals über 50 Prozent. Die 300 Euro pro Jahr – der Preis einer Trittschen Eiskugel – die jede Familie in das Reiten dieses toten Pferdes investiert, können Politikergehälter leicht verschmerzen. Nicht umsonst folgt uns nicht ein einziges Land der Welt bei

unserer gepriesenen „Vorreiter-Rolle“ in der Energiepolitik.

Die Energiewende ist schon eine Rolle, aber eine Rolle rückwärts in mittelalterliche Technologien wie Windmühlen, Brenngläser und Furzgas. Nicht nur, dass die Erneuerbaren naturgemäß unzuverlässig sind, sie kannalisieren auch den Strommarkt und zerstören so die einst gesunde energetische Infrastruktur. Mit Wind und Sonne lässt sich ohne großtechnische und bezahlbare Speichertechnologie keine Industrie und kein Staat machen, so deindustrialisiert man ein Land.

Die Energiewende ist nicht nur eine technische Katastrophe, sondern auch eine Soziale. Der Dumme bei dieser irrsinnigen Politik ist der Steuerzahler und der Stromkunde. Die Energiewende ist ein gigantisches Geld-Umverteilungssystem von unten nach oben. Kanzleramtsminister Altmeier hat die Gesamtkosten mal auf eine Billion Euro beziffert, eine optimistische Schätzung. Das macht langfristig ungefähr 25.000 Euro für jeden erwerbstätigen Deutschen. Es sind die kleinen Leute, die den Subventionsrittern Windmüller, Solarkönig und Rapsgutsherr per Gesetz die Taschen vollstopfen müssen. Ein Bauer kann bis zu 40.000€ jährliche Pacht für einen Windmühlenstandort verdienen. Die Arbeiter, die kein Land haben, müssen es bezahlen. Der Zahnarzt baut eine Solaranlage auf sein Dach und die Sprechstundenhilfe, die in einer Mietwohnung lebt, bezahlt sie. Kassieren im Namen des Umweltschutzes. Dabei kann man den Investoren nicht mal einen Vorwurf machen. Es sind die politischen Rahmenbedingungen, die aus ideologischer Verblendung diesen Irrsinn erst geschaffen haben.

So paradox regelt das EEG die Strompreise: wenn der Preis an der Strombörse sinkt, steigt der Preis für die Verbraucher. Gern wird geschimpft: „Die gierigen Energieversorger geben die Preissenkung nicht weiter an die Kunden“. Das ist so böseartig, wie es unwahr ist. Die Erneuerbaren bekommen feste Preise, auch wenn sie am Bedarf vorbei produzieren. Sinkt der Börsenpreis wegen des Überangebotes, steigt der Anteil der Subventionen am Festpreis. Es sind also die Erneuerbaren, die die Preissteigerungen verursachen und nicht die großen Energieversorger. Die Nicht-Öko-Stromproduzenten erhalten an der Strombörse 20€ für die gleiche Strommenge (1MWh), für die die Verbraucher letztendlich 270€ bezahlen müssen; die Differenz sind Subventionen für die Öko's und Steuern für den Staat. Und mit jedem neu gebauten Windrad und Solarpaneel steigt der Preis für den Verbraucher weiter, während der Börsenstrompreis sinkt. Auf Grund dieser Schieflage ist der Zubau von Wind- und Solaranlagen das einzige Energiewendeziel, das jährlich bei Weitem übertroffen wurde. Nur ein Schelm fragt noch, warum das so ist.

Zusammengefasst kann man sagen: Deutschland wird die Welt nicht retten, die Welt wird Deutschland retten müssen. Die Energiewende ist teuer, umweltschädlich, unsicher und unsozial.

Aber keine Sorge, liebe Leser, Euer Geld ist ja nicht weg. Das haben nur andere.

Autor Manfred Haferburg reist als Experte für Kernkraftsicherheit um die Welt und kennt so viele Atomkraftwerke wie kaum ein anderer Mensch. Bis 1989 gehörte er zur Leitung des größten AKW der DDR (Greifswald) – geriet in

Ugnade, wurde von der Partei zum Staatsfeind erklärt und inhaftiert.

Übernommen von ACHGUT [hier](#)